



Vorsitzende des Ausschusses für
Umwelt und Sauberkeit
Frau Dr. Tilli Reinhardt

über
Magistrat

16. 26/05

über Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Angelika Thiels

Der Magistrat
Dezernat für Stadtentwicklung,
Umwelt und Verkehr

Gustav-Stresemann-Ring 15, Gebäudeteil B
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611 31-2890 / 2555
Telefax: 0611 31-3956

E-Mail: dezernat.IV@wiesbaden.de

16 September 2005
35 / ☎ 3728 / jbl/cs

05-F-05-0009

Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0099 vom 05.07.2005
Nutzung von Dächern städtischer Liegenschaften für private Solarstromanlagen (Photovoltaikanlagen)

Sehr geehrte Frau Dr. Reinhardt,

die Fragen zur Nutzung von Dächern städtischer Liegenschaften für private Stromanlagen beantworte ich wie folgt:

1. Wie kann derzeit, -entsprechend dem Beschluss der StvV Nr. 18 vom 12.02.2004 betreffend der Nutzung städtischer Dächer durch private und gewerbliche Solaranlagenbetreiber-, die Klimaschutz-Agentur Wiesbaden und das städtische Facility-Management geeignete Dachflächen vermarkten und wie kann die Vermarktung intensiviert werden?

Die Klimaschutz-Agentur Wiesbaden (KSA) sucht – in Abhängigkeit der personellen Ressourcen - laufend nach geeigneten Dächern städtischer Liegenschaften. Das geschieht u. a. durch systematische Auswertung von Luftbildern zunächst aller Wiesbadener Schulen und durch Ortstermine, um einen schnellen Eindruck zu erlangen, ob die Objekte geeignet sind.

Im Augenblick (August 2005) bestehen zu folgenden Schulen konkrete Verbindungen, um dort private Solarstromanlagen bauen zu lassen:

- Friedrich-List-Schule
- Gymnasium am Mosbacher Berg
- Helene-Lange-Schule

Aktuell begutachtet die KSA zusammen mit einer Wiesbadener Solarfirma die Taunushalle in Nordenstadt und die Sporthalle am Konrad-Adenauer-Ring.

Die KSA wickelt wie bisher im Vorfeld alle Vorplanungen und Koordinierungen bis hin zur Vertragsgestaltung zwischen Landeshauptstadt Wiesbaden und der jeweiligen privaten Betreibergesellschaft ab.

Bisher kam es im Jahr 2005 noch zu keinem Vertragsabschluss.

2. **Wieweit sind bereits die zuständigen Ämter den bei der Klimaschutz-Agentur Wiesbaden 2004 gestellten Anträgen weiterer Schulen auf Solarstromanlagen nachgekommen?**

Im Jahr 2004 wurden für die Schulze-Delitzsch-Schule und für die Carl-von-Ossietsky-Schule Anträge für Solarstromanlagen gestellt. Diese Anlagen wurden im Spätsommer 2004 gebaut und sind in Betrieb genommen worden. Einzelheiten sind im Bericht „Nutzung von Dächern kommunaler Liegenschaften für private Photovoltaikanlagen“ (StVV Beschluss Nr. 0211 vom 16.06.2005) dargestellt. Die Zusammenarbeit mit den städtischen Ämtern wurde von der KSA organisiert und koordiniert. In der Regel ist nur ein einziger Termin aller Betroffenen in der Schule notwendig, um sämtliche Rahmenbedingungen festzulegen.

3. **Wurde zwischenzeitlich den zwei Wiesbadener Solarfachfirmen, die bei der KSA nach geeigneten Dächern kommunaler Liegenschaften zum Bau von Solarstromanlagen nachgefragt haben, ein positiver Bescheid erteilt?**

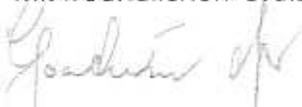
Siehe Punkte 2 und 1.

4. **Kann die Klimaschutz-Agentur Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem heimischen Handwerk (ähnlich dem Aktionstag „Wärme von der Sonne“ am 27.06.2005) eine Veranstaltung organisieren, um diese Technik einem breiteren Publikum bekannt zu machen?**

Prinzipiell kann die KSA aus fachlicher Sicht solche Tage ohne Probleme organisieren. Die Zusammenarbeit mit der entsprechenden Innung ist inzwischen auch gegeben. Ein Gespräch u.a. auch zu diesem Thema hat am 07.09.2005 stattgefunden. Voraussetzung für solche Aktionen sind aber nicht zu unterschätzende personelle Ressourcen und finanzielle Mittel für Mieten, Referenten, Material, Druckkosten, Öffentlichkeitsarbeit usw.. Eine Veranstaltung, die die KSA mit eigenen Mitteln und eigenem Personal durchführen kann, wird im Frühjahr 2006 die ReWoBau in Wiesbaden sein. Ob eine weitere Veranstaltung organisiert werden kann, hängt unter anderem auch von den Zuschussmitteln ab, die die KSA in 2006 erzielen wird. Grundsätzlich ließe sich eine solche Solarveranstaltung beispielsweise im Rahmen eines Leistungsvertrags durchführen und mitfinanzieren, wie ihn die Landeshauptstadt Wiesbaden mit der Klimaschutz-Agentur für die Jahre 2004 und 2005 geschlossen hatte. Für 2006 kann eine solche Leistungsvereinbarung erst nach Genehmigung des städtischen Zuschusses an die KSA und Rechtskraft des Haushaltsplan getroffen werden.

Ich hoffe, ich konnte die Fragen zu Ihrer Zufriedenheit beantworten.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös
Stadtrat